Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

Alle Mitglieder wurden ordnungsgemäß geladen.

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dieter Thalhammer
Anwesend sind:	2. Bürgermeister Rudolf Schwaiger 3. Bürgermeister Benno Zierer alle Stadträte, außer den unten aufgeführten.
Abwesend und entschuldigt sind die Stadträte:	Berg Dr. Kaiser Dr. Pause Schindler (bis 19.36 Uhr) Frankl (ab 20.50 Uhr)
Weitere Teilnehmer:	Stadtdirektor Koch VR Kammerloher Werkleiter Piller Dipl. Ing. Jobst VR Wimmer Architekt Bohnert, nbundm Architekten u. Stadtplaner, und Landschaftsarchitekt Lynen zu TOP 2 Architekten Bodensteiner und Fest, Bodensteiner u. Fest Architekten u. Stadtplaner und Landschaftsarchitekt Berger, Büro Freiraum zu TOP 3

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

Schriftführerin: Irene Striegl
Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.04 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Der Vorsitzende begrüßt, seiner Erinnerung nach erstmals, Schüler/innen des Josef-Hofmiller-Gymnasiums der Klassen 10 c und 10 d mit ihrem Lehrer, die sich im Rahmen der Fächer Sozialkunde und Geschichte über den Ablauf einer Stadtratssitzung informieren wollen. In der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses konnten bereits erste Eindrücke über den Sitzungsverlauf gesammelt werden.

Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Die Protokolle der Sitzungen des Stadtrates vom 12. und 19.05.2011 liegen auf und gelten nach Abschluss der Sitzung als genehmigt.

T a g e s o r d n u n g

1) Bekanntgaben
   a) Hinweis OB - Stadtratsmitglieder; Entschuldigung für städtische Ausschüsse sowie der Stadtwerke Freising
   b) Bericht OB - Flughafen München; Planung einer 3. Start- und Landebahn
      hier: Planfeststellungsbeschluss
2) Kindertagesstätte in der ehem. General-von-Stein Kaserne
   Vorstellung Entwurf mit Kostenberechnung
   - Projektbeschluss -
3) Kinderkrippe Alleestraße
   Vorstellung Entwurf mit Kostenberechnung
   - Projektbeschluss -
4) Prüfungsbericht über die Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009 der von der Stadt Freising verwalteten Stiftungen durch den Rechnungsprüfungsausschuss

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

---

5) Prüfungsbericht über die Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009 der Stadt Freising durch den Rechnungsprüfungsausschuss
6) Generalsanierung Kunsteisbahn
   Aufhebung des Sperrvermerks für die Haushaltsstelle 1.5604.9500
   Mittelumschichtung in Höhe von 10.000 € aus der Haushaltsstelle 1.5604.3450
   Weiterführung der Planungsleistungen bis zur Entwurfs- bzw. Genehmigungsplanung
7) Reklamation des Beschlusses des Planungs- und Umweltausschusses vom 08.06.2011 bezüglich Straßenausbau „Kirchenpoint" in Achering
8) Kleingartenverein Freising e. V.
   Übernahme einer Ausfallbürgschaft
9) Berichte und Anfragen
   a) Hinweis StR Eschenbacher - Stiftung Lebenshilfe; Spendenlauf am 09.10.2011
   b) Anfrage StRin Schwaiger - Neubau von Kindertagesstätten; Aufnahmealter
   c) Anfrage StR Dr. Schwarzer - Tuchinger Straße; Parkplatzsituation

TOP 1a **<u>Bekanntgaben</u>**
<u>Hinweis OB - Stadtratsmitglieder; Entschuldigung für städtische Ausschüsse sowie der Stadtwerke Freising</u>
Anwesend: 36

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es im Falle der Verhinderung von Kolleginnen oder Kollegen des Stadtrates zu Sitzungen städtischer Ausschüsse zwar möglich sei, sich in seinem Vorzimmer abzumelden. Dies bedeute aber nicht, dass dies dann automatisch weitergegeben werde für z. B. Sitzungen der Stadtwerke. Eine entsprechende Entschuldigung müsse dann direkt bei den Stadtwerken getätigt oder zumindest konkret in seinem Vorzimmer darauf hingewiesen werden, dass auch Sitzungen der Stadtwerke betroffen seien.
Er bittet um Berücksichtigung, um Missverständnisse für die Zukunft zu vermeiden.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

StR Irlstorfer nimmt ab 19.05 Uhr an der Sitzung teil.

TOP 1b **Bekanntgaben**
Bericht OB - Flughafen München; Planung einer 3. Start- und Landebahn
hier: Planfeststellungsbeschluss
Anwesend: 37

Der Vorsitzende erläutert, dass wohl sicherlich auch die Mitglieder des Stadtrates sowie er mit einem gewissen Schock die Entscheidung der Regierung zum Bau einer 3. Start- und Landebahn vernommen haben. Verständlicherweise sei nach Bekanntwerden der Entscheidung eine Vielzahl von Medienanfragen bei der Stadt eingegangen. Er habe den jeweiligen Pressevertretern immer wieder auch gesagt, dass der Bescheid für die Stadt ein Schock gewesen sei und man sich etwas anderes vorgestellt hätte. Bis zuletzt sei man der Meinung gewesen, dass die vorgetragenen Argumente dafür ausreichend gewesen wären, um den Bau einer 3. Start- und Landebahn abzulehnen. Wenn dies aber schon nicht möglich sei, dass dann zumindest die Auflagen für den Bau entsprechend härter ausfallen als es nunmehr tatsächlich der Fall sei. Die Verwaltung werde in den nächsten Tagen und Wochen den umfangreichen Bescheid prüfen und mit dem von der Stadt beauftragten Rechtsanwalt, Herrn Krauß, erörtern. Im Anschluss daran werden dem Gremium dann mögliche geeignete Schritte für das weitere Vorgehen vorschlagen. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hat der Stadtrat entschieden, dass man auf jeden Fall, unabhängig von der Abfassung eines für die Stadt belastenden Bescheids, Rechtsmittel einlegen werde, um noch das bestmögliche aus der Situation herauszuholen.
Man werde die Aktionen der Bürgerinitiativen aufmerksam verfolgen. Diese sollten auch nach Möglichkeit unterstützt werden.

Referent StR Drobny bezieht sich auf die Ausführungen des Vorsitzenden, der die Grundlagen bereits genannt habe. Er bedankt sich für den Beschluss des Gremiums, Rechtsmittel einzulegen. Er kritisiert in seinen Ausführungen den heute gefallenen Kabinettsbeschluss. Die

Art und Weise des Bürgerdialogs sei ein Schlag ins Gesicht der Bürger/innen, die Bayerische Staatsregierung sei wohl sich selbst und der Wirtschaft am nächsten.
Insgesamt merkt er an, dass durch diesen Bescheid der Bau einer 3. Start- und Landebahn nicht wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher geworden sei sondern es sich letztendlich um einen weiteren Schritt im Verfahren handle. Es gebe keinen Grund zu resignieren oder ein Grundstück zu verkaufen. Es gelte nunmehr, den Widerstand aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Die Bürgerinitiativen organisieren eine Demonstration in München vor der Zentrale der CSU in der Nymphenburger Straße am Freitag, 29.07.2011, um 10.30 Uhr, wozu alle herzlich eingeladen seien, auch die Mitglieder der Stadtratsfraktion der CSU in Freising, denen er nicht absprechen wolle, das sie gegen den Flughafen seien.

StR Irlstorfer trägt dazu vor, dass die Ausführungen von StR Drobny wieder in eine bekannte Richtung gehen. Die Argumentation der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei seit Jahren bekannt. Man werde sich aber nicht auseinanderdividieren lassen. Die CSU in Freising sei Teil des aktiven Widerstands und auch dementsprechend aufgestellt. Er sehe es kritisch, eine Partei herauszugreifen. Er verweist beispielhaft auf die SPD in München, die sich ebenfalls für den Flughafen ausgesprochen habe. Seine Fraktion habe sich immer wieder klar geäußert, wie man den Sachverhalt vor Ort sehe. Man stehe dazu, dass man keine 3. Start- und Landebahn wolle und man sei froh, dass entsprechende Rechtsmittel eingelegt werden. Dies sei die klare Haltung der CSU in der Stadt Freising, aber auch im Landkreis Freising.

Der Vorsitzende ergänzt, dass sich auch der Wirtschaftsminister erfreut über diesen positiven Planfeststellungsbeschluss gezeigt habe. Seines Erachtens sollte man aber derartiges aus der Diskussion von Ort ausklammern.

Stadtdirektor Koch betont, dass man sich ganz intensiv auf die weiteren Schritte vorbereiten und sehr „schlagkräftig“ aufstellen werde. In diesem Zusammenhang habe die Schutzgemeinschaft aufbauend auf einem bereits gefassten Beschluss die Stadt Freising gebeten, eine Anschubfinanzierung in Form einer Sonderumlage zu gewähren. Es sei gedacht, dass die Landkreise jeweils 10.000 € und alle in der Schutzgemeinschaft vertretenen Gemeinden je-

weils 1.500 € aufbringen. Er bittet den Stadtrat, der Sonderumlage in Höhe von 1.500 € zur Anschubfinanzierung für die Vorbereitung der weiteren Verfahren an die Schutzgemeinschaft zuzustimmen.

Bgm. Zierer führt aus, dass die Aussagen der Stadtratsmitglieder sowie die Meinung des Oberbürgermeisters und der Verwaltung zu diesem Projekt bekannt seien. Es sei nunmehr die Pflicht des Stadtrates und der Stadt einig und massiv gegen dieses Vorhaben vorzugehen.

Der Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Stadt Freising im Internet-Auftritt der Stadt Freising.

Beschluss Nr. 204/34a
Anwesend: 37 Für: 37 Gegen: 0 den Antrag

Die Stadt Freising beteiligt sich in Form einer Sonderumlage an der Anschubfinanzierung für die Vorbereitung der weiteren Schritte gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Bau einer 3. Start- und Landebahn beim Flughafen München in Höhe von 1.500 € an die Schutzgemeinschaft.

TOP 2 Kindertagesstätte in der ehem. General-von-Stein Kaserne
Vorstellung Entwurf mit Kostenberechnung
- Projektbeschluss -
Anwesend: 37

Der Vorsitzende trägt vor, dass sich der Kulturausschuss in seiner gestrigen Sitzung ausführlich mit dieser Planung befasst habe. Er begrüßt an dieser Stelle Herrn Architekten Bohnert sowie Herrn Landschaftsarchitekten Lynen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

Herr Jobst verweist auf die Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Der Kulturausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung die vorgelegte Entwurfsplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen. Auch der Anfrage der Verwaltung, ob vorsorglich die Aufstockung des Kinderhortbereichs mit in das Projekt hereingenommen werden soll, sei zugestimmt worden. Dem Stadtrat sei somit empfohlen worden, 15.000 € zusätzlich für eine Aufstockung zu investieren.
Die Entwurfsplanung sei mit den Fachstellen und hausintern abgestimmt und die Fachplaner entsprechend eingebunden worden. Die Zahl der Kinder in den Krippen sei entgegen des Vorentwurfs von pro Gruppe 12 auf 13 Kinder erhöht. worden Das Gebäude werde annähernd im Passivhausstandard errichtet. Eine Zertifizierung werde man allerdings aus Kostengründen nicht durchführen lassen. Hinsichtlich der Kosten habe man gegenüber dem Vorentwurf eine moderate Erhöhung von ca. 6,6 %, im Wesentlichen bedingt durch den schlechten Baugrund, der in der General-von-Stein Kaserne in diesem Bereich vorliege. Hierfür müssen ca. 250.000 € zusätzlich investiert werden.

Herr Architekt Bohnert stellt nunmehr anhand einer Power-Point-Präsentation, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt, das Planerteam und die Entwurfsplanung vor. Herr Landschaftsarchitekt Lynen erläutert im Folgenden das Freianlagenkonzept gemäß Power-Point-Präsentation.

Referentin Heinlein-Zischgl bezieht sich auf die ausführliche Diskussion in der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses. Sie merkt an, dass ihres Erachtens die städtebaulichen Anforderungen erfüllt seien. Der vorgestellte Entwurf und das pädagogische Konzept seien überzeugend. Im Hinblick auf die doch erheblichen Kosten verweist sie auf die in der letzten Zeit errichteten Kindergärten, die nicht wesentlich günstiger gewesen seien. Zudem werde mit dem Neubau der Passivhausstandard erfüllt und gleichzeitig die Dächer begrünt. Hinzugekommen seien nunmehr noch die höheren Kosten aufgrund des schlechten Baugrunds. Des Weiteren erfolge eine Verstärkung der Statik beim Kinderhort, um eventuell auf zusätzlich benötigte Kinderhortplätze reagieren zu können. Sie bittet abschließend den Stadtrat um Zustimmung.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

StRin Lintl bedankt sich für die Präsentation der Entwurfsplanung. Es sei erfreulich, wenn man in dieser Thematik vorankomme und flächendeckend ein gutes Angebot vorhanden sei. Sie erkundigt sich bezüglich des Hauptausganges im Osten, der auf einen Gehsteig münde. Nach dem Gehsteig erfolge dann eine Parkierungszone. Sie verweist auf ähnliche Verhältnisse beim Kindergarten an der Ignaz-Günther-Straße, wo zwischen Fahrbahn und Gehsteig aufgrund der gefährlichen Verhältnisse für die Kinder letztlich ein Zaun errichtet werden musste. Sie bittet um Prüfung, ob nicht die Möglichkeit bestehe vor dem Haupteingang eine Grünzone zu platzieren und die Parkplätze vom Haupteingang wegzulegen, damit auch für den Autofahrer der Haupteingang einsehbar sei.

Herr Lynen teilt dazu mit, dass man vom Haupteingang nicht direkt auf den Gehweg trete sondern noch ein Zwischenraum, eine sogenannte Vorzone, vorhanden sei. Erst dann komme der Gehweg. Ursprünglich hatte man - wie von StRin Lintl angedacht - einen Grünstreifen vorgesehen. Von Seiten des Ordnungsamtes und der Polizei sei dann darum gebeten worden, direkt beim Eingangsbereich Stellplätze unterzubringen, damit die Kinder nicht soweit gehen müssen.

StRin Schindler nimmt ab 19.36 Uhr an der Sitzung teil.

StRin Großkopf führt aus, dass es sich um einen schönen und aufwändigen Architektenentwurf handle, der auch nicht erkennen lasse, dass zu Lasten der kleinsten Bürger/innen gespart worden sei. Leider sehe sie sich trotzdem nicht in der Lage der Planung zuzustimmen. Sie begründet dies mit den geplanten Flachdächern und ihren entsprechenden Erfahrungen mit der Sanierung von Flachdächern aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit in Stadtrat und Kreistag. Es möge zwar sein, dass sich die Technologie inzwischen verbessert habe. Sie glaube aber trotzdem nicht an einen dauerhaften Bestand. Daher werde sie diese Planung ablehnen.

Herr Jobst teilt dazu mit, dass die Thematik Flachdach auch in der Sitzung des Kulturausschusses diskutiert worden sei. Offensichtlich herrsche Unkenntnis über die bereits gefassten

Beschlüsse. Er verweist auf den entsprechenden Bebauungsplan, in dem ausschließlich Flachdächer mit Begrünung festgesetzt seien. Die einzige Ausnahme stelle das Stabsgebäude dar. Man habe ursprünglich angedacht, im Rahmen der Kosteneinsparung die Begrünung wegzulassen. Dies sei aber nicht möglich. Außerdem sollte man nicht mit dem ersten Gebäude im Bauquartier ehem. General-von-Stein Kaserne mit einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes als Bauherr Stadt Freising vorangehen. Aus diesen Gründen habe man sich an den Bebauungsplan gehalten, der für diese Zone Flachdächer festsetze.

StR Kropp bittet um Bekanntgabe der einzelnen Kosten z. B. für das Bauvolumen, für die Freiflächen usw.. Außerdem hätte ihn interessiert, was ein Kindergarten mit den gleichen Gruppen in der Bauweise wie z. B. beim Kindergarten an der Isarstraße kosten würde bzw. welcher Kostenunterschied hier gegeben sei. Er verweist insofern auf den Kindergarten am Veitshof, der u. a. erhebliche Unterhaltskosten nach sich gezogen habe.

StRin Eberhard verlässt den Raum.

Herr Jobst weist darauf hin, dass eine entsprechende Kostenaufstellung bereits im Rahmen des Vorentwurfs an die Fraktionen übermittelt worden sei. Zu der Frage, welche Bauweise kostengünstiger sei, erläutert er, dass eine entsprechende Prüfung keine nennenswerten Kostenunterschiede ergeben habe. Besonders aufwändig bei der heute vorgelegten Planung sei die Errichtung in Passivhausbauweise. Diese sei aber im Rahmen der Vorentwurfsplanung ausdrücklich freigegeben worden.

StRin Eberhard nimmt wieder an der Sitzung teil. StR Vogl verlässt den Raum.

Bgm. Zierer widerspricht den Ausführungen von Herrn Jobst bezüglich der Festlegung von Flächdächern im Bebauungsplan. Er sei Mitglied im Planungs- und Umweltausschuss. Hier sei intensiv über die Festlegung von Flachdächern oder Pultdächern diskutiert worden. Seines Erachtens sei ein Beschluss gefasst worden, wonach Pultdächer bis zu 6 % Neigung durchaus möglich seien.

Herr Jobst teilt dazu mit, dass dieses Thema im Kulturausschuss ebenfalls bereits diskutiert worden sei. Herr Baumann vom Stadtplanungsamt habe die Festsetzung von Flachdächern bestätigt.

StR Vogl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Bgm. Zierer kann dieser Auffassung nicht folgen und bittet um eine entsprechende Prüfung dieses Punktes. Insgesamt habe der Entwurf für diesen Kindergarten sicherlich seinen Reiz. Die Umsetzung dieser Idee empfinde er allerdings angesichts des Planungsstandards in der heutigen Zeit erschreckend. Im Hinblick auf den Nachhaltigkeitsgedanken würde seines Erachtens niemand eine derartige Planung umsetzen. Die Raumausnutzung sei uneffektiv und das Bauwerk selbst in keinster Weise nachhaltig. Es entstehen sicherlich hohe Unterhaltskosten allein für das Flachdach. Die Bauweise mit 5 Gebäuden stellt er aus energetischen Gründen in Frage. Er bittet um Begründung, warum man keine Zertifizierung vornehmen lasse. Dass die Ausstattung eines Flachdachs mit 26 Lichtkuppeln so passe, möchte er dahingestellt lassen. Bezüglich der Bauausführung - Holzständerbauweise mit Flachdach - stellt er fest, dass seines Erachtens ein Massivbauwerk eine ganz andere Qualität habe. Hätte man in der Planung ein Pult- oder Satteldach vorgesehen, wäre vielleicht die Empörung nicht so groß. Ingesamt könne seine Fraktion der Planung in der heute vorgelegten Form nicht zustimmen. Er bittet daher das Gremium, die Planung heute nicht zu beschließen sondern zurückzustellen, um diese nochmals zu überarbeiten.

StRin Bönig findet die Idee, Kinderhäuser zu errichten - wie sie auch seit Jahren in Freising gepflegt werde - wieder sehr gelungen umgesetzt. Im Kulturausschuss sei hierüber eingehend diskutiert worden. Es gebe in Freising unterschiedliche Bauten, auch Neubauten, wobei aber prinzipiell die Kosten jeweils pro Kinderplatz zwischen 31.000 € und 34.000 € anzusiedeln seien. Ihr gefalle auch sehr gut, dass durch die Architekten die in Italien gepflegte Reggio-Pädagogik mit eingearbeitet worden sei, eben den Raum als Miterzieher zu nutzen. Wenn dann zusammen mit den Nutzern noch eine optimierte Abstimmung erfolge, habe man ihres Erachtens einen sehr gelungenen Bau.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

StR Irlstorfer erläutert, dass dieses Bauvorhaben eine Investition in die Zukunft darstelle. Er finde die Planung ansprechend. Er habe allerdings eine generelle Abneigung gegen Flachdächer mit Begrünung. Er sei aber mehr als überrascht, dass die Ausführungen von Bgm. Zierer jetzt in diesem Stadium kommen. Ihn würde daher interessieren, wie die damalige Wettbewerbsjury besetzt gewesen sei. Des Weiteren erkundigt er sich wann die Vorgaben des Bebauungsplanes vorgestellt bzw. wann diese beschlossen worden seien, dass es unbedingt Flachdächer mit Begrünung sein müssen. Er erkundigt sich, ob hier das Gremium etwas übersehen habe oder ob man von der Verwaltung in eine Richtung geführt worden sei, die man so haben wollte.

Herr Jobst teilt zur Nachfrage von Bgm. Zierer mit, dass man 15 kwh/(m^2a) als Energie habe. Dies entspreche Passivhausstandard. Wenn gewünscht, könne man natürlich eine Zertifizierung mit den entsprechenden Kosten durchführen lassen.
Bezüglich der Festlegungen im Bebauungsplan hinsichtlich Flachdächern mit Begrünung könne er im Einzelnen nicht Stellung nehmen, da er nicht Mitglied im Planungs- und Umweltausschuss sei. Man habe aber speziell bei diesem Projekt nach der Vorentwurfsplanung mit den Architekten versucht, Kosten zu sparen und wollte auf die Begrünung verzichten. Dies sei aber aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplanes, die erst vorgestern nochmals im Detail besprochen worden seien, nicht möglich, da ausdrücklich Flachdächer mit Begrünung festgesetzt seien. Architekt Bohnert könne dies bestätigen, da er ihm auch die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes zur Durchsicht übermittelt habe.

Auf Nachfrage von StR Irlstorfer teilt der Vorsitzende mit, dass es sich um einen Wettbewerb gehandelt habe. In dem Wettbewerb sei bereits die Festlegung von Flachdächern enthalten gewesen. In Kenntnis der Planung eines Flachdaches sei der heute vorliegende Entwurf mit dem 1. Preis ausgezeichnet worden.
Die Festlegung von Flachdächern sei im Bebauungsplan enthalten.

StR Grimm erläutert, dass seines Erachtens ein ganz wichtiger Teil der grundlegenden Vorgaben in der Ausschreibung nicht enthalten gewesen sei. Wenn man im Vergleich den um-

bauten Raum berechne, dann habe man mit der heute vorgelegten Planung einen 20 % größeren umbauten Raum als z. B. im Kindergarten an der Gartenstraße, welcher auch sehr großzügig sei. Ein 20 %ig größeres Bauvolumen bedeute für die Zukunft eine größere Außenhaut, größere Folgekosten usw.. Seines Erachtens hätte bereits in der Ausschreibung enthalten sein müssen, dass man keinen Luxusbau wolle. Die Aussage von Herrn Jobst, dass an dieser Stelle genügend Platz vorhanden sei und der Grund nichts gekostet habe, lasse er insoweit nicht gelten. Seiner Meinung nach sei dies von Anfang an schief gelaufen. Nunmehr werde vorgebracht, dass man sich zu spät melde. Man habe aber erst vor 3 Wochen Pläne erhalten, woraus die Planung erkennbar gewesen sei.

StR Dr. Hierl verweist auf den Wettbewerb. Die heute vorgestellte Planung habe den 1. Preis erhalten. Gestern sei im Kulturausschuss eine ausführliche Diskussion über die Flachdächer geführt worden. Herr Baumann habe versichert, dass das gesamte Areal mit Flachdächern ausgestattet werden soll und es der Stadt schlecht anstehen würde, wenn diese beim ersten Bauvorhaben davon abweiche. Der Architekt habe seinerseits versichert, dass eine Diskussion über Flachdächer veraltet sei. Der Architekt habe seit 10 Jahren keinen einzigen Fall, wo Probleme aufgetreten seien. Wenn nunmehr Bgm. Zierer bei diesem Projekt im Hinblick auf Energetik keine Nachhaltigkeit erkennen könne, dann könne er dies nicht nachvollziehen. Die Aussagen von StR Grimm bezüglich des umbauten Raums seien natürlich richtig. Allerdings sei die Kindertagesstätte so angelegt, dass man auf einen möglichen zukünftigen erhöhten Bedarf reagieren könne. Die beim Projekt entstehende „Piazza“ sei natürlich ambitioniert. Die Kinder gewinnen aber zusätzlichen Raum für Aufführungen und Begegnungen. Insgesamt bewegen sich die Kosten - wie bereits von StRin Bönig ausgeführt - im gleichen Rahmen wie bei den anderen Kindergärten auch. Letztendlich habe man der Vorentwurfsplanung zugestimmt.

Bgm. Zierer führt an, dass man die Pläne zu diesem Projekt erst auf intensives Nachfragen vor kurzem erhalten habe. Bei der Auswahl des Projekts sei nicht annähernd erkennbar gewesen, was auf die Stadt zukomme. Man könne erst dann reagieren, wenn die Pläne vorliegen. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass man das Projekt jetzt noch stoppen könne. Man

müsse zu den Aussagen stehen, dass man keine Bauwerke wolle, die der Stadt in den späteren Jahren Kosten verursachen. Wenn jetzt ausgeführt werde, dass die Statik so ausgeführt werde, dass man noch aufstocken könne, dann stelle sich für ihn die Frage, wie eine Aufstockung bei einer Holzständerbauweise, Flachdach usw. aussehen soll. Seines Erachtens würde diese wohl verworfen werden, weil der Aufwand so groß wäre. Man würde dann wohl eher noch einen zusätzlichen Bereich anbauen. Die Ergebnisse, die ursprünglich vorgestellt worden seien, seien ganz anders gewesen als heute vorgestellt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man bei dem Erweiterungsbau bei der Realschule auch 2 Stockwerke mit Holzständerbauweise habe. Dies stelle technisch kein Problem dar. Seiner Auffassung nach könne nachträglich ohne großen Aufwand nachgerüstet werden könne.

Architekt Bohnert verweist auf das aufgebaute Wettbewerbsmodell wie es ursprünglich abgegeben worden sei. Dahinter sei das aktuelle Entwurfsmodell aufgebaut. Aus diesem sei zu erkennen, dass es ziemlich nahe am Wettbewerbsmodell sei. Es hätten lediglich kleinere Anpassungen stattgefunden. Bezüglich der kritisierten Flächenbilanz merkt er an, dass die Raumgrößen vorgeschrieben seien und sich die Fördermittel des Staates daran orientieren. Daran habe man sich gehalten. Hinsichtlich der bemängelten Nachhaltigkeit führt er aus, dass man versuche, das Gebäude mit natürlich nachwachsenden Baustoffen zu errichten. Das Gebäude erhalte Passivhausstandard, der auch gewünscht sei und natürlich einen höheren Kostenaufwand bedeute. Man richte sich hier nach den Wünschen des Bauherrn. Eine andere Realisierung sei natürlich auch möglich. Das kritisierte Flachdach sei ein Kriterium im Wettbewerb aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplans gewesen. Dem sei man nachgekommen. Insofern sei die Kritik schwer verständlich. Man könne das Gebäude natürlich auch mit einem anderen Dachraum realisieren. Kleinere 6 Grad Neigungen wären durchaus machbar, was aber natürlich auch zur Kostenerhöhung und einem höheren Raumvolumen beitragen würde.

StR Vogl erläutert, dass er im Wettbewerb dabei gewesen sei. Hierbei sei über diesen sehr schönen Entwurf, der auch allen sehr gut gefallen habe, gesprochen worden, über die Anordnung der Häuser und die zugrundeliegende Idee, die man jetzt nicht kaputt reden sollte. Herr Bohnert habe nunmehr ausgeführt, dass eine 5 Grad Neigung mit einem leichten Pultdach möglich sei. Dies sei auch bereits im Wettbewerb besprochen worden. Im Wettbewerb sei nicht abschließend festgelegt worden, dass ein Flachdach zur Ausführung kommen müsse. Ganz im Gegenteil, auch hier seien bereits die Vorbehalte, vermutlich mehrheitlich, gegen Flachdächer vorgebracht worden. Für ihn sei auch klar gewesen, dass man hier eine pragmatische, vernünftige Lösung finde, da das Gebäude mit einem leichten 5 Grad Pultdach mindestens genau so gut aussehe. In diesem Zusammenhang appelliert er an das Gremium, da doch wohl alle das gleiche wollen. Der Entwurf sei sehr schön und gelungen. Technisch wäre es überhaupt kein Problem ein leichtes Pultdach mit 5 Grad Neigung anzubringen, was auch nicht den grundsätzlichen Charakter dieses Bebauungsplanes tangieren würde. Er würde daher bitten, heute darüber abstimmen zu lassen, ob man ein solches 5 Grad Pultdach anbringen wolle oder ein reines Flachdach.

StR Gmeiner zeigt sich über die vorgebrachte Kritik an dem Entwurf überrascht. Er verweist auf den durchgeführten Wettbewerb. Seines Wissens seien 10 Arbeiten unterschiedlichster Ausführung abgegeben worden und daraus sei letztendlich ein Siegerentwurf hervorgegangen. Bei diesem Wettbewerb seien auch Stadtratskollegen/innen dabei gewesen. Das Projekt sei auch im Stadtrat vorgestellt und beschlossen worden. Insofern könne er die Aussagen, dass man jetzt erst die Pläne gesehen habe und nunmehr erst wisse was realisiert werden solle, nicht ganz nachvollziehen. Nachdem es sich nunmehr um die Weiterentwicklung des Vorentwurfs handle, der bereits vor einiger Zeit beschlossen worden sei, bitte er nunmehr auf diesem Weg weiterzugehen.

Architekt Bohnert trägt vor, dass man bereits einige Gebäude mit Flachdächern entworfen und gebaut habe. Diese existieren seit ca. 6 bis 8 Jahren. Er verweist auf die verschiedenen Regularien im Bauhandwerk. Zum einen übernimmt die ausführende Firma eine Gewährleistung, die nach VOB geregelt sei. Des Weiteren gebe es die Bauüberwachung und die

Bauaufsicht. Die Stadt könne sicher sein, dass man alles dafür tun werde, dass dieses Flachdach keine undichten Stellen bekomme. Wirtschaft und Industrie haben sich bezüglich der verwendeten Materialien weiterentwickelt. Die von den massiven Sanierungsmaßnahmen betroffenen Gebäude seien vor 20 bis 30 Jahren gebaut worden. Im Übrigen benötige auch ein Ziegeldach nach 30 Jahren eine neue Deckung. Auch eine Putzfassade müsse nach 20 bis 30 Jahren neu gestrichen oder stellenweise saniert werden.

Herr Lynen merkt an, dass die Stadt München seit vielen Jahren ihre Kindergärten mit Flachdächern mit Begrünung ausstatte, was aus ökologischer und klimatischer Sicht sinnvoll sei. Er selbst habe noch keine Schäden bei Flachdächern mit Begrünung.

Herr Jobst trägt vor, dass man sehr viele Flachdächer gebaut habe. Er könne sich nicht erinnern, dass bei neugebauten Flachdächern Schäden aufgetreten seien. Es gebe 30 bis 40 Jahre alte Flachdächer wie z. B. die Schule in Vötting. Hier habe man heuer Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Das Gebäude sei in den 60iger Jahren errichtet worden und über 40 Jahre gebrauchsfähig gewesen. Es habe das ein oder andere Leck gegeben, welche wieder dicht gemacht worden seien. Insgesamt habe das Dach aber über die Jahre seinen Dienst zur Zufriedenheit der Schüler und der Stadt erbracht, obwohl die Bauweise dem Stand der 60iger Jahre entsprochen habe. Mittlerweile habe sich der technische Standard natürlich weiterentwickelt. Es gebe verschiedene neue Systeme und Materialien. Das Dach werde auch nicht mit 0 Grad Neigung ausgeführt sondern dem Wasser werde der Weg über Hoch- und Tiefpunkte gewiesen. Abschließend stellt er fest, dass der Flachdachbau mittlerweile beherrschbar sei.

StRin Heinlein-Zischgl zeigt sich über die Diskussion verwundert und verweist auf den dringenden Bedarf für eine Kindertagesstätte. Die heute vorgebrachten Bedenken hätten ihres Erachtens bereits zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt vorgebracht werden können. Nachdem die Planung jetzt soweit fortgeschritten sei, sei es für sie völlig unverständlich, dass nunmehr derartige Einwände erhoben werden.

StR Drobny hält den Entwurf für gelungen und der Sachverhalt sei ausdiskutiert. Ob nunmehr eine 0 Grad oder 5 Grad Neigung des Daches erfolge, halte er für eine Marginalie. Ingesamt bestünden die üblichen Gewährleistungspflichten. Er bittet abschließend um Zustimmung.

StR Priller verweist auf seine langjährige Berufserfahrung. Er trägt vor, dass ein Dach mit 5 Grad Neigung ebenso zu begrünen sei, genau so gut aussehe und das Wasser habe die Möglichkeit abzulaufen. Er weist darauf hin, dass die Gewährleistung 4 Jahre betrage, vielleicht die erweiterte Gewährleistung 5 Jahre. Er bringt seine Bedenken bezüglich Flachdächern zum Ausdruck. Selbst wenn die Technologie inzwischen fortgeschritten sei, bekomme doch letztlich der Günstigstbietende den Auftrag und hier sei möglicherweise dann nicht gewährleistet, dass dies dann auch qualitativ und handwerklich die beste Lösung darstelle. Er sehe hier immer noch Zweifel und schließt sich dem Vorschlag von StR Vogl an.

Der Vorsitzende merkt dazu an, dass nicht der günstigste Anbieter den Auftrag erhalte sondern der wirtschaftlichste Anbieter. Bei einem wirtschaftlichen Angebot seien mehrere Faktoren zu prüfen.

StRin Eberhard stellt den Antrag zur GeschOStR auf Ende der Debatte, nachdem bereits gestern ausführlich über die Thematik diskutiert worden sei.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob er die letzte noch vorliegende Wortmeldung abhandeln dürfe.

StRin Eberhard stimmt dem zu.

StR Grimm verweist auf die Ausführungen des Architekten und erkundigt sich, ob die kompletten Flächen des Kindergartens bezuschusst werden.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

Herr Jobst teilt mit, dass die Bezuschussung nicht nach Flächen sondern nach Pauschalen gehe. Man gehe davon aus, dass ca. 30 bis 40 % der Kosten durch Zuschüsse abgedeckt werden können. Dies sei der übliche Satz. Man halte sich sehr genau an die Vorgaben der Zuschussgeber. Die Flächen entsprechen in der Summe den Vorgaben der Förderstelle.

Der Vorsitzende erläutert das Abstimmungsprocedere gemäß GeschOStR.
Der Antrag zur GeschOStR auf Ende der Debatte habe sich erledigt.
Der Vorsitzende stellt daher den Empfehlungsbeschluss des Kulturausschusses zur Abstimmung:

Beschluss Nr. 205/34a
Anwesend: 38 Für: 26 Gegen: 12 den Antrag

A) Die Entwurfsplanung einschließlich der Kostenberechnung in Höhe von ca. 5.078.000 € (incl. Vorbereitung für eine mögliche Aufstockung) wird genehmigt und zur weiteren Bearbeitung frei gegeben. Die Baumaßnahme wird als Projekt beschlossen.
B) Das Planungsteam (Architekten und Fachplaner) wird nach HOAI mit den weiteren Planungsstufen beauftragt.

TOP 3 Kinderkrippe Alleestraße
Vorstellung Entwurf mit Kostenberechnung
- Projektbeschluss -
Anwesend: 38

StR Priller, StR Hölzl und StR Irlstorfer verlassen den Raum.

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Punkt die Architekten, Herrn Bodensteiner und Frau Fest, sowie den Landschaftsarchitekten, Herrn Berger.

Herr Jobst erläutert den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Er weist darauf hin, dass letztlich eine kleine Kostenreduzierung erreicht werden konnte. Er hebt hervor, dass die Kosten generell im Hinblick z. B. auf die Baukonjunktur immer mit gewissen Unsicherheiten behaftet seien. Man bemühe sich um seriöse Kostenkalkulationen. Er betont, dass im Projekt keine Kostenreserven vorhanden seien. Er verweist auf die gestrige Behandlung im Kulturausschuss. Nach einer langen und intensiven Diskussion sei das Projekt mit einer Gegenstimme dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen worden.
StR Priller, StR Hölzl und StR Irlstorfer nehmen wieder an der Sitzung teil.

Architekt Bodensteiner stellt das Planerteam vor und erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt, die Entwurfsplanung. Er geht in seinen Ausführungen auch auf die Schlafraumsituation ein, die in der gestrigen Sitzung sehr kontrovers diskutiert worden sei. Man habe bereits in der Machbarkeitsstudie das Schlafen in sogenannten Schlafkojen vorgeschlagen. Er erläutert kurz die näheren Einzelheiten und die dahinterstehende Idee. Die dadurch erreichte Platzeinsparung komme letztlich den Gruppenräumen zugute. Die Schlafraumidee sei u. a. mit dem Landratsamt, Amt für Jugend und Familie, sowie einer Leiterin einer Kinderkrippe in Freising besprochen worden. Anfangs habe größere Skepsis vorgeherrscht, inzwischen gebe es teilweise auch sehr große Begeisterung.

Die StRe Notter, Hiergeist, Dr. Schwarzer, Kammler, Vogl, Dr. Hierl, Fischer, Eschenbacher, Dr. Hamberger und Drobny verlassen während der Vorstellung kurz den Raum.

Landschaftsarchitekt Berger stellt gemäß Power-Point-Präsentation die Außenanlagen vor.

Referentin StRin Heinlein-Zischgl bedankt sich für die ausführliche Vorstellung des Projekts. Ihr sei es wichtig gewesen, dass Anregungen und Wünsche einvernehmlich ausdiskutiert und letztlich im Sinne der Kinder und Erzieherinnen geplant worden sei. Sie selbst sei auch nicht

so begeistert von der Schlafraumidee, beuge sich aber dem Fachpersonal, wenn dies von einer guten Funktionalität überzeugt sei.

Herr Jobst bestätigt auf Nachfrage von StR Frankl, dass der Brandschutz natürlich abgeklärt worden sei.

StRin Bönig bezieht sich auf die gestrige intensive Diskussion des vorgestellten Schlafraumkonzepts in der Sitzung des Kulturausschusses. Der Entwurf an sich habe den Mitgliedern des Kulturausschusses übereinstimmend sehr gut gefallen. Allerdings gebe es auch beim Fachpersonal sehr unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Schlafraumkonzepts. Herr Jobst habe ihrer Fraktion vor der Sitzung noch ein entsprechendes Beispiel aus Norddeutschland gezeigt, welches ihre Fraktion aber nicht überzeugen konnte. Sie beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass man der Entwurfsplanung grundsätzlich zustimme, aber das Planungsteam bzw. der Architekt beauftragt werde, das Schlafraumkonzept nochmals zu überarbeiten.

StR Priller bittet um Auskunft, ob das westlich angrenzende Grundstück im Eigentum der Stadt Freising stehe.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

StR Priller erkundigt sich, ob man dieses Grundstück auch zur Erweiterung der Parkplatzsituation nutzen könnte, um dafür die Grünfläche zu erweitern. Er gibt weiterhin zu bedenken, dass sich daneben der Kindergarten Sonnenschein befinde, der bereits ein veraltetes Heizsystem aufweise. Seines Erachtens sollte überlegt werden, die Heizung über Fernleitungen so auszulegen, dass bei einer Sanierung der Kindergartens Sonnenschein gleich ein neues System vorhanden sei, um so ggf. Kosten einsparen zu können. Eine Erdsondenbohrung wäre seiner Meinung nach nicht notwendig, da entsprechend Grundwasser vorhanden sei.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

Der Vorsitzende teilt mit, dass man - wie aus den Sitzungsberatungen bekannt sei dürfte - für das angesprochene Grundstück einem Interessenten bereits eine Zusage für den Erwerb gegeben habe. Im Bauausschuss sei auch schon ein entsprechender Beschluss gefasst worden.

Herr Jobst erklärt, dass man die Anregung bezüglich der Heizung von der Haustechnik prüfen lassen werde.

Bgm. Schwaiger, Sitzungsleiter in der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses, stellt zum Antrag von StRin Bönig fest, dass seines Erachtens in der gestrigen Sitzung bereits ein entsprechender Empfehlungsbeschluss an den Stadtrat mit dem beantragten Zusatz erfolgt sei. Es sei der Auftrag an das Planungsteam ergangen, sich über die Schlafraumsituation nochmals Gedanken zu machen.

Der Vorsitzende hält fest, dass nach der Berichterstattung ihm gegenüber gemäß Beschlussvorlage der Verwaltung abgestimmt worden sei. Gleichzeitig sei ein Ergänzungsauftrag ergangen, dass sich die Architekten nochmals über eine Fortentwicklung der Schlafraumsituation alternativ Gedanken machen sollen.

StRin Bönig stimmt den Ausführungen von Bgm. Schwaiger zu.

StRin Großkopf regt an, die von Herrn Jobst vor der Sitzung ihrer Fraktion vorgelegten Fotos zum Schlafraumkonzept dem Kollegium in Umlauf zu geben. Ihr erscheine dieses Konzept etwas seltsam.

Herr Jobst verweist auf die seiner Meinung nach sehr aussagekräftigen Pläne der Architekten. Er habe heute noch ein Beispiel eines Kindergartens „Zuckerrübchen“ für das Schlafraumkonzept aus dem Internet heruntergeladen. Er erläutert dies kurz und gibt die Unterlagen in Umlauf. Man habe mit dem Betreiber und der Kindergartenleitung Kontakt aufgenommen. Das Konzept werde positiv gesehen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

Im Rahmen der Diskussion zum Vorentwurf sei die Verwaltung bzw. das Planungsteam mit Beteiligung der künftigen Nutzer beauftragt worden zu prüfen, ob das Kojensystem aus technischen Gründen (Belüftung), unfallschutztechnischen Gründen (Sicherheit) und vor allem aus pädagogischen und nutzenstechnischen Gründen von den künftigen Nutzern angenommen werde. Man habe sich im Vorfeld sehr umfangreich mit diesem Thema beschäftigt und sei übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Art der Organisation des Schlafraums so in Ordnung gehe. Dies sei auch in der gestrigen Sitzung so wie auch heute berichtet worden.
Wenn man nun entgegen der gestrigen Beschlussfassung eine andere Lösung bevorzuge, müsse man sich nochmals Gedanken machen.

StRin Eberhard trägt vor, dass sie die gestrige Diskussion so aufgefasst habe, dass die Schlafkojen eine Frage der Möblierung seien. Insofern werde das Thema ihres Erachtens im Rahmen der Bemusterung nochmals im Kulturausschuss zur Sprache kommen. Grundsätzlich habe man einen Empfehlungsbeschluss gefasst, wobei die Möblierung erst zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werde.

Der Vorsitzende fasst die bisherige Diskussion zusammen, wonach bezüglich der Entwurfsplanung für die Kinderkrippe grundsätzlich Einigkeit bestehe. Hinsichtlich des Schlafraumkonzepts müsse nochmals nachgedacht und spätestens bei der Möblierung über mögliche Alternativen gesprochen werden.

StR Priller gibt zu bedenken, dass man hinsichtlich des erforderlichen Platzbedarfs für eine Kojenlösung bzw. eine alternative Lösung wohl heute schon eine Entscheidung treffen müsse. Außer die Innenwände seien noch so variabel, dass man auf die jeweilige Lösung flexibel reagieren könne.

StR Frankl verlässt um 20.50 Uhr die Sitzung und nimmt an den weiteren Beratungen nicht mehr teil.

Architekt Bodensteiner stellt fest, dass die Schlafraumsituation vielfach durchgespielt und auch Alternativen aufgezeigt worden seien. Die Kojenlösung erbringe einen ganz erheblichen Platzgewinn. Er verweist auf verschiedene Konzepte in anderen Kindergärten und erläutert nochmals die Grundidee der Schlafkojen.
Wenn nunmehr die Betten nebeneinander aufgestellt werden sollen, benötige man fast doppelt so viel Platz. Eine mögliche Verschiebbarkeit der Betten sei von Frau Pauli, Fachberaterin beim Landratsamt, abgelehnt worden. Sie finde eine Identifizierung mit dem Bett richtig.

Herr Jobst ergänzt, dass die Schlafraumsituation auch mit Frau Pauli sehr intensiv diskutiert worden sei. Man habe wunschgemäß noch 2 „normale" Betten zusätzlich eingeplant, also keine Kojen-Betten. Letztendlich sei aber das heute vorgestellte Schlafraumkonzept mit allen Fachbehörden und Nutzern abgestimmt worden. Insgesamt sei man der Auffassung, dass diese Unterbringung auch hinsichtlich der Belüftung und der Flächenverfügbarkeit für den Gruppenraum eine sehr optimale Lösung darstelle.

StRin Sahlmüller trägt vor, dass es für Kinder wohl nicht sehr ungewöhnlich sei, in Stockbetten untergebracht zu werden. Sie gehe davon aus, dass sich die Höhensituation in etwa wie bei Stockbetten darstelle. In der Sonderpädagogik würden solche „Schlupfräume" ganz systematisch angeboten, weil dies die Kinder gerne wahrnehmen. Sie sehe in dieser Lösung kein Problem. Sie finde es sehr verdienstvoll, dass man dadurch die Spielflächen entsprechend vergrößern könne.

StR Fischer merkt an, dass ihm die Planung ansonsten sehr gut gefalle. Er hebt positiv hervor, dass die Parksituation durch das Angebot an Stellplätzen für die Bediensteten entzerrt werde und damit eine geregelte, geordnete Anfahrtsfläche für die Eltern gegeben sei. Die Schlafraumlösung mit den Kojen halte er für eine wunderbare Idee. Für ihn sei es selbstverständlich, dass nun nicht mehr an den Größen des Schlafraumes gearbeitet werde, da dadurch anderer pädagogischer Raum gewonnen werde.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

StRin Bönig beantragt nochmals für ihre Fraktion, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass das Schlafraumkonzept nochmals überarbeitet werde.

StR Kropp erkundigt sich, ob sich durch eine entsprechende Beschlussfassung eine zeitliche Verzögerung ergebe. Grundsätzlich vertritt er die Auffassung, dass heute eine abschließende Beschlussfassung erfolgen sollte, da die Kinderkrippenplätze benötigt werden.

Der Vorsitzende teilt dazu mit, dass sich natürlich eine zeitliche Verzögerung ergeben würde. Herr Jobst habe ihm soeben erklärt, dass ein Abrücken von der Kojenlösung und die Errichtung eines normalen Schlaframes erhebliche Auswirkungen auf die Raumkonzeption haben. Heute könne dann keine abschließende Beschlussfassung erfolgen und damit könne auch der Zuschussantrag nicht rechtzeitig gestellt werden.
StRin Kammler macht nochmals deutlich, dass sich die SPD-Fraktion gegen die Schlafkojen stellen werde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass heute eigentlich über den gestrigen Empfehlungsbeschluss des Kulturausschusses abgestimmt werden sollte. Allerdings gehen nunmehr über den Wortlaut dieses Beschlusses die Meinungen auseinander. Er erkundigt sich bei Herrn Jobst über die Beschlussfassung.

Herr Jobst teilt mit, dass seines Erachtens über den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag (12:1 Stimmen) abgestimmt worden sei. Die Diskussion sei vorher sehr intensiv gewesen und man habe sich über die verschiedenen Alternativen des Schlafraumkonzepts sehr ausdrücklich auseinandergesetzt.

Bgm. Schwaiger, Sitzungsleiter im gestrigen Kulturausschuss, widerspricht dieser Auffassung. Er habe den Beschlussvorschlag mit der Maßgabe formuliert, dass sich das Planungsbüro über die Gestaltung der Schlafraumsituation erneute Gedanken machen soll.

StR Dr. Hierl merkt dazu an, dass er die Beschlussfassung aber nicht so verstanden habe, dass sich dadurch eine zeitliche Verzögerung ergeben werde. Er habe es so aufgefasst, wenn im Rahmen der Kojenlösung eine Verbesserung möglich sei.

Der Vorsitzende hält abschließend fest, nachdem zwei unterschiedliche Auffassungen vertreten werden, die aber maßgeblich für die Weiterbearbeitung des Entwurfs seien, werde der Sachverhalt zur nochmaligen Beratung im Kulturausschuss zurückgestellt.

Herr Jobst und die Architekten bedanken und verabschieden sich.

TOP 4 **Prüfungsbericht über die Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009 der von der Stadt Freising verwalteten Stiftungen durch den Rechnungsprüfungsausschuss**
Anwesend: 37

StR Kropp, StR Dr. Hoyer, Bgm. Zierer und StR Vogl verlassen den Raum.

StR Eschenbacher, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, erläutert, dass er sich kurz fassen werde, da die Jahresrechnung 2009 sowohl für die Stiftungen als auch für die Stadt bereits im Hauptausschuss eingehend beraten worden seien. Der Prüfungsbericht sei den Fraktionen und Gruppierungen im Stadtrat bereits am 15.06.2011 zugegangen. Die Sitzungsvorlage nebst Prüfbericht liegt der Erstschrift des Protokolls in der Anlage bei.
Für die Stiftungen könne insgesamt festgehalten werden, dass eine sehr ordentliche Jahresrechnung vorgelegt worden sei. Er richtet sein Lob an OVRin Hagl. Bei der Kath. Kinderheim St. Klara Stiftung konnte eine Zuführung zum Vermögenshaushalt von 42.057,71 € erreicht werden. Er stellt fest, dass eine ordnungsgemäße Abwicklung der Verwaltungstätigkeit festgestellt worden sei. Die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes und des -ausschusses haben keine Beanstandungen ergeben. Das örtliche Rechnungsprüfungsamt sei bei den örtlichen

Feststellungen zum Bericht 2009 umfassend als Sachverständiger tätig gewesen. Die Jahresrechnung 2009 der von der Stadt verwalteten Kath. Kinderheim St. Klara Stiftung und der Wohltätigkeitsstiftungen könne aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Stadtrat gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt werden. Der örtliche Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Freising sei zu dem Ergebnis gekommen, dass nach Abschluss der Prüfungen der jetzigen Feststellung des Rechnungsergebnisses 2009 zugestimmt werden könne. Er bittet den Stadtrat um Zustimmung.

StR Vogl und StR Dr. Hoyer nehmen wieder an der Sitzung teil.
StRin Heinlein-Zischgl verlässt den Raum.

Beschluss Nr. 206/34a

Anwesend: 34 Für: 34 Gegen: 0 den Antrag

1. Der Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes für die Jahresrechnung 2009 der von der Stadt Freising verwalteten Stiftungen wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Jahresrechnung 2009 der von der Stadt Freising verwalteten Stiftungen wird aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt sowie Entlastung erteilt.

Der Prüfbericht ist wesentlicher Bestandteil des Beschlusses und liegt der Erstschrift des Protokolls in Ablichtung bei.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

TOP 5 **Prüfungsbericht über die Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009 der Stadt Freising durch den Rechnungsprüfungsausschuss**
Anwesend: 34

StRin Bönig verlässt den Raum.
StR Kropp und Bgm. Zierer nehmen wieder an der Sitzung teil.

StR Eschenbacher, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, trägt vor, dass 2009 das Jahr gewesen sei, in dem zumindest während seiner Ägide als Stadtrat erstmals eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt in Höhe von über 4,7 Mio. € durchgeführt werden musste. Dies sei eigentlich rechtlich nicht zulässig, aber den Umständen der Zeit geschuldet. Man sei sich dieses Umstands bereits bei der Aufstellung des Haushalts bewusst gewesen. Das Landratsamt habe den Haushalt trotzdem genehmigt und die Bemühungen der Stadt gesehen, den Schuldenstand zu reduzieren. Allerdings habe das Landratsamt auch darauf hingewiesen, dass sich laut Übersicht der voraussichtliche Stand der Schulden bis zum Jahresende 2011 auf 125 Mio. € belaufen werde. Das Landratsamt fragt in diesem Zusammenhang nach dem Entschuldungsplan und habe aufgeführt, dass 2011 Zins- und Tilgungszahlungen von ca. 6 Mio. € erwartet werden.
Das Landratsamt habe den Haushalt 2009 seines Erachtens wegen der äußeren Rahmenbedingungen wie z. B. Wirtschaftskrise zugestimmt sowie aufgrund der Zahlungen der hohen Gewerbesteuer aus dem Vorjahr. Wahrscheinlich habe das Landratsamt auch den Aufwand gescheut, die Zustimmung zum Haushalt zu verwehren.
Zur Aufstellung der Jahresrechnung 2009 könne keine Beanstandung festgestellt werden. Wenn auch inhaltlich nicht so gut, könne man eine ordnungsgemäße Führung bescheinigen. Der Rechnungsprüfungsausschuss komme zu der Auffassung, dass die Jahresrechnung 2009 der Stadt Freising aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung festgestellt werden könne. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang beim Rechnungsprüfungsamt, Herrn Kammerloher und Herrn Partsch sowie den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschuss für das geleistete Engagement. Er bittet auch hier um Zustimmung des Stadtrates.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

<u>Beschluss Nr. 207/34a</u>
Anwesend: 35 Für: 35 Gegen: 0 den Antrag

1. Der Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes für die Jahresrechnung 2009 der Stadt Freising wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Jahresrechnung 2009 der Stadt Freising wird aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt sowie Entlastung erteilt.

Der Prüfbericht ist wesentlicher Bestandteil des Beschlusses und liegt der Erstschrift des Protokolls in Ablichtung bei.

Der Vorsitzende bedankt sich abschließend bei StR Eschenbacher, VR Kammerloher und den Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes sowie den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses für die geleistete Arbeit.

TOP 6 <u>Generalsanierung Kunsteisbahn</u>
<u>Aufhebung des Sperrvermerks für die Haushaltsstelle 1.5604.9500</u>
<u>Mittelumschichtung in Höhe von 10.000 € aus der Haushaltsstelle 1.5604.3450</u>
<u>Weiterführung der Planungsleistungen bis zur Entwurfs- bzw. Genehmigungsplanung</u>
Anwesend: 35

Werkleiter Piller berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Der Hauptausschuss habe mehrheitlich mit 12:2 Stimmen dem Stadtrat den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Beschlussfassung empfohlen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

StR Dr. Maguhn unterstützt diesen Vorschlag. Er bezieht sich auf die Diskussion im Hauptausschuss, in der seine letzten noch offenen Fragen geklärt werden konnten. Es gehe nunmehr darum, belastbare Zahlen zu erhalten, mit denen man dann zusammen mit dem Förderverein beraten könne, wie das Projekt - dem er positiv gegenüberstehe - zu schultern sei. Er regt an, den Vorstand des Fördervereins in den Hauptausschuss einzuladen, um gemeinsam zu diskutieren, was die Stadt noch leisten könne und vor allem auch um zu klären, wie der Stand der Einwerbung von Mitteln durch den Verein sei und welche Möglichkeiten es gebe, dies noch etwas zu forcieren. Man müsse in dieser Sache vorankommen und daher unterstütze er den Vorschlag der Verwaltung.

Referent StR Irlstorfer wirbt dafür, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu unterstützen, um die Sache weiter voranzutreiben. Zu den Haushaltsberatungen sollen dann auch konkrete Zahlen vorliegen. Er nehme wohlwollend zur Kenntnis, dass hier nunmehr auf breiter Ebene Unterstützung für dieses Projekt gegeben sei. Er wolle auch mitteilen, dass allein durch die Entscheidung im Hauptausschuss in den letzten Wochen beim Förderverein im fünfstelligen Bereich Summen eingegangen seien. Dieses politische Signal sei enorm wichtig gewesen, um zu zeigen, dass man ein ernsthaftes Interesse an der Realisierung dieser Maßnahme habe. Er bedankt sich herzlich und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass es in dieser Richtung weiter gehe. Der Förderverein sei natürlich gerne bereit, alle Zahlen und Fakten offenzulegen, so dass dann bei den Haushaltsberatungen tatsächlich klar sei, von welcher konkreten Situation auszugehen sei.

StR Vogl führt aus, dass er sich gegen den offensichtlich überparteilichen Konsens aussprechen müsse. Er verweist darauf, dass sich der Stadtrat vor 2 Jahren entschieden habe, die Maßnahme aufgrund der schwierigen finanziellen Situation zum damaligen Zeitpunkt noch zu schieben, also eine Wahlleistung noch nicht anzugehen. Er erinnert an die Berichterstattung im Rahmen der Jahresrechnung 2009, wonach die Stadt 2011 wohl erstmals die Schallmauer von 2.600 € pro Kopfverschuldung durchbrechen werde. Dies sei eine äußerst negative Entwicklung. Insofern sei es schon merkwürdig, wenn beim nächsten Tagesordnungspunkt ein Haushaltssperrvermerk aufgehoben werden soll, um 130.000 € allein in eine

Planungsleistung zu investieren, die alle - auch er - zwar wollen, aber man wisse auch, dass es in der momentanen Situation sehr schwierig sein werde, diese zeitnah umzusetzen. Aus diesem Grund sei es seines Erachtens das völlig falsche Signal, 130.000 € jetzt zu diesem Zeitpunkt in diese Maßnahme zu investieren, vor allem auch zu einem Zeitpunkt, wo die Wirtschaftsprognosen für das nächste Jahr wieder nach unten gehen. Hierfür habe er kein Verständnis. Wahrscheinlich sei dies dem anlaufenden Oberbürgermeister-Wahlkampf geschuldet. Er vertritt die Auffassung, dass man Haushaltsdisziplin bewahren müsse und die Planung erst dann angehen sollte, wenn absehbar sei, dass man sich diese Maßnahme leisten könne. Er erinnert an die Ausführungen von StR Eschenbacher, wonach allein 6 Mio. € pro Jahr in den Zinsdienst investiert werden müssen.

StR Dr. Hoyer unterstreicht die Ausführungen von StR Vogl. Der Sperrvermerk sei aus guten Gründen angebracht worden, weil eben das notwendige Geld nicht vorhanden sei. An dieser Tatsache habe sich nichts geändert. Er spricht sich daher für eine Beibehaltung des Sperrvermerks aus.

Der Vorsitzende merkt an, dass seiner Meinung nach dieses Projekt nicht mit der Oberbürgermeister-Wahl in Verbindung stehe. Es handle sich hier um einen langgehegten Wunsch über den bereits mehrfach diskutiert worden sei.

StR Weinzierl erinnert an die Berichterstattung nach Abschluss der „Eis-Saison" im Frühjahr dieses Jahres, wonach relativ viel Strom verbraucht worden sei, um den Eislaufbetrieb in Gang zu halten. Diese teilweise Überdachung hätte auch den positiven Nebeneffekt, dass der Energieverbrauch gesenkt werden könne, unabhängig davon, dass man eine Dachkonstruktion anstreben werde, die zusätzlich Energiemöglichkeiten bringe. Das sei für ihn in einer wirtschaftlich etwas schwierigeren Lage ein zusätzliches Argument, dieses Vorhaben anzugehen. Hinzu komme, dass es für die Schulen durch die Witterungsabhängigkeit ein Problem darstelle, Eislauf in das Stundenangebot aufzunehmen, wenn keine Planungssicherheit gegeben sei. Aus diesem Grunde bitte er, dass man trotz wirtschaftlich noch nicht guter Zeiten an diesem Vorhaben festhalte.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

Beschluss Nr. 208/34a

Anwesend: 37 Für: 29 Gegen: 8 den Antrag

Für die Fortführung des Projekts „Neubau eines Umkleide- und Tribünengebäudes und Bau einer Überdachung inklusive Einhausung an der Nordseite" werden der Sperrvermerk unter der Haushaltsstelle 1.5604.9500 aufgehoben und die Haushaltsmittel in Höhe von 130.000 € für die Fortsetzung der Planungsleistungen bis zur Entwurfs- bzw. Genehmigungsplanung freigegeben.
Die Mittelumschichtung in Höhe von 10.000 € aus der Haushaltsstelle 1.5604.3450 wird genehmigt.

TOP 7 Reklamation des Beschlusses des Planungs- und Umweltausschusses vom 08.06.2011 bezüglich Straßenausbau „Kirchenpoint" in Achering
Anwesend: 37

Der Vorsitzende informiert den Stadtrat, dass der Punkt abgesetzt werden müsse. Trotz einer vorherigen Zusage zur Abtretung des für den Straßenbau notwendigen Straßengrunds habe der betroffene Grundstückseigentümer - sicherlich aufgrund der zuletzt stattgefundenen Diskussionen - seine Zusage wieder zurückgezogen und mitgeteilt, dass er nicht bereit sei, den notwendigen Grund abzutreten. Dies werde dazu führen, dass die Stadt Freising eine kleinere Umplanung vornehmen und diese mit den zu beteiligenden Fachbehörden nochmals abstimmen müsse. Möglicherweise werde eine Planung mit einer Engstelle notwendig werden. Durch die aktuelle Diskussion und die daraufhin eingereichte Reklamation des Beschlusses des Planungs- und Umweltausschusses vom 08.06.2011 habe sich die Maßnahme zeitlich so stark verzögert, dass sie heuer nicht mehr durchgeführt werden könne. Im Übrigen befinde sich auch der zuständige Sachbearbeiter im Krankenstand. Aus diesen Gründen müsse der Tagesordnungspunkt heute abgesetzt werden. Man werde eine Umplanung vornehmen und das Gremium vom weiteren Vorgehen unterrichten.
Der Bericht dient zur Kenntnis.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

TOP 8 **Kleingartenverein Freising e. V.**
Übernahme einer Ausfallbürgschaft
Anwesend: 37

StR Arnheiter verlässt den Raum.

Der Vorsitzende berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Der Hauptausschuss habe eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Beschluss Nr. 209/34a
Anwesend: 36 Für: 36 Gegen: 0 den Antrag

Die Stadt übernimmt gegenüber der Sparkasse Freising für den Kleingartenverein Freising e. V. eine Ausfallbürgschaft für ein Darlehen in Höhe von 70.000 €.

StR Arnheiter nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 9a **Berichte und Anfragen**
Hinweis StR Eschenbacher - Stiftung Lebenshilfe; Spendenlauf am 09.10.2011
Anwesend: 37

StR Eschenbacher trägt vor, dass die Stiftung Lebenshilfe am 09.10.2011 einen Spendenlauf veranstalte. Es gehe letztlich um die Menge der erreichten Runden (500 m - Runden) und nicht um die Schnelligkeit. Hierzu werden zum einen Läufer/innen und zum anderen auch Spender gesucht, die einige Runden finanziell mit begleiten. Es wäre schön, wenn sich einige Mitglieder des Stadtrates beteiligen würden. Interessenten können sich gerne bei ihm melden. Die Stiftung Lebenshilfe würde sich über eine entsprechende Beteiligung sehr freuen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (34.) vom 27. Juli 2011

TOP 9b **Berichte und Anfragen**

Anfrage StRin Schwaiger - Neubau von Kindertagesstätten; Aufnahmealter

Anwesend: 37

StRin Schwaiger trägt vor, dass im Zuge der Diskussion um den Neubau der Kindertagesstätten von einem Architekten erwähnt worden sei, dass das Aufnahmealter in Kinderkrippen bei 0,5 Jahren liege. Soweit sie sich erinnern könne, gebe es einen Beschluss, wonach Kinder unter 1 Jahr nicht aufgenommen werden. Sie erkundigt sich nach dem Sachstand.
VR Wimmer teilt mit, dass der Rechtsanspruch relativ eindeutig ab 1 Lebensjahr bestehe. Die Stadt halte sich auch daran. Grundsätzlich stelle man das Thema Altersgrenzen in das Ermessen der entsprechenden Leitungen. Hierbei gehe es aber mehr darum, ob man Kinder unter 3 Jahren in den Kindergarten aufnehme. Dass man Kinder mit 0,5 Jahren aufnehme, sei ihm nicht bekannt.

TOP 9c **Berichte und Anfragen**

Anfrage StR Dr. Schwarzer - Tuchinger Straße; Parkplatzsituation

Anwesend: 37

StR Dr. Schwarzer berichtet, dass es in der Tuchinger Straße zunehmend Beschwerden wegen der Parkplatzsituation gebe. Wenn man die Tuchinger Straße stadtauswärts den Berg hinauf in die Kurve fahre, parken hier immer mehr Autos, zum Teil bereits in der Kurve. Hieraus ergebe sich eine äußerst unübersichtliche Situation. Man dürfte zwar eigentlich in der Kurve nicht parken, aber es sollte doch überprüft werden, ggf. ein Halte- oder Parkverbot anzubringen.

StR Bauer unterstützt die Ausführungen von StR Dr. Schwarzer. Hintergrund sei wohl, dass eine Grundstückseigentümerin in diesem Bereich die bisherigen Stellplatzmöglichkeiten abgetrennt habe. Es gehe hier scheinbar der private Grund in den öffentlichen Grund über. Aus

diesem Grund parken die Autos in dem Kurvenbereich. Eventuell sollte ein eingeschränktes Halteverbot angebracht werden.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

StR Irlstorfer verlässt um 21.20 Uhr die Sitzung und nimmt an den weiteren Beratungen nicht mehr teil.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Presse und schließt um 21.20 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dieter Thalhammer
Oberbürgermeister

Irene Striegl
Schriftführerin